

## **Bestmögliche Verteidigungsfähigkeit statt bloßer Aufrüstung! 100 Mrd. Euro dürfen nur der Ermächtigungsrahmen sein!**

**Die SPD-Kreisdelegiertenversammlung von Charlottenburg-Wilmersdorf (CW) möge beschließen:**

**Der SPD-Landesparteitag Berlin möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag der SPD möge beschließen:**

Die Abgeordneten der SPD auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die nach dem russischen Überfall auf die Ukraine gegebene Erklärung des deutschen Bundeskanzlers, die Bundeswehr mit bis zu 100 Mrd. Euro zusätzlich zu modernisieren, in ihrer Umsetzung sorgfältigst geprüft und begleitet wird. (Augenblicklich beträgt der Wehretat 47 € . (Zahl für das Jahr 2021.))

Jede Mehrausstattung der Bundeswehr muss von organisatorischen Reformen begleitet werden, die die immer wieder berichteten Fehler und Engpässe vermeiden und die Leistungsfähigkeit der Bundeswehr nachhaltig erhöhen.

Im Zuge einer Neustrukturierung der Bundeswehr ist zu prüfen, welche zusätzliche Verteidigungsausstattung (z.B. Raketenabwehrsysteme, Boden-Luft-Raketen etc.) erforderlich ist, um den verfassungsmäßigen Auftrag unserer Armee zur Verteidigung unseres Landes besser als bisher ausführen zu können.

Für die gemeinschaftliche Verteidigung ist innerhalb der EU und der NATO eine intensivere Abstimmung geboten, die überflüssige Doppelinvestitionen vermeidet.

### **Begründung:**

Der russische Überfall auf die Ukraine ist völkerrechtswidrig und durch nichts zu begründen. Es muss aber in Zeiten, in denen für die Folgen der Corona-Pandemie, massiv steigende Energiekosten und riesige Investitionsrückstände im Klimaschutz eine unabschätzbare Staatsverschuldung droht, alles getan werden, trotz Ukrainekriegs jede Rüstungsinvestition gewissenhaft zu prüfen.